

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Miriam Block (KV Hamburg-Harburg)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 764 bis 767:

und Vereinsverbote konsequent ausgesprochen werden. Der Staat muss sicherstellen, dass ~~Extremist*innen~~ Rechtsextremist*innen und Islamist*innen keine öffentlichen Ämter bekleiden oder in Sicherheitsbehörden tätig sind. Dafür braucht es rechtssichere Verfahren zur Prüfung und es muss sichergestellt werden, dass dadurch keine Bürger*innenrechte untergraben werden. Verfassungsfeind*innen müssen konsequent entwapfnet werden.

Begründung

Wie im Abschnitt davor auch benannt geht es hier um Rechtsextreme und Islamist*innen. Von denen geht die größte Gefahr für unsere Demokratie aus. Unter Linksextremismus wird leider immer noch antifaschistische Arbeit und Klimaaktivismus wie beispielsweise von Ende Gelände formuliert. Dagegen setzen wir uns ein. Es gab schon mal einen Radikalerlass (<https://de.wikipedia.org/wiki/Radikalerlass>) und wir haben daraus gelernt. Außerdem ist die Grüne Position gegen die Hufeisen-Theorie (<https://www.volksverpetzer.de/analyse/hufeisentheorie/>). Deshalb an dieser Stelle so formuliert.

weitere Antragsteller*innen

Julius Nebel (KV Hamburg-Mitte); Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Marcus Schmitt (KV Frankfurt); Pia Troßbach (KV Frankfurt); Jasper Robeck (KV Erfurt); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Florian Wilksch (KV Hamburg-Eimsbüttel); Tara Moradi (KV Frankfurt); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Mathis Lorenzen (KV Hamburg-Nord); Stephan Krause (KV Hamburg-Mitte); Madelaine Stahl (KV Marburg-Biedenkopf); Brigitte Abraham (KV Frankfurt); Jörg Friedrich (KV Odenwald); Andreas Strube (KV Hamburg-Harburg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Peggy Pazour (KV Hamburg-Harburg); sowie 63 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.